



Jahresbericht 2021

Registerstelle zur Erfassung rechtsextremer
und diskriminierender Vorfälle in Reinickendorf



Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung



Die **Gesamtzahl** der diskriminierenden Vorfälle, die im Jahr 2021 vom Register Reinickendorf dokumentiert wurden, lag mit 97 auf dem Niveau des Vorjahres (2020: 98). Allerdings wurden kaum Online-Vorfälle registriert (2021: 2, 2020: 20). Wenn man die Vorfälle, die sich Online ereigneten, beiseite lässt, ergibt sich daher ein deutlicher Anstieg der der Vorfälle, die sich auf den Straßen, in den Schulen und Geschäften ereigneten (2021: 95, 2020: 78). Dieser Anstieg geht vor allem auf die gestiegene Anzahl von Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie von vermehrter Propaganda im öffentlichen Raum in Form von Aufklebern und Schmierereien zurück.

Besonders für den Bezirk Reinickendorf ist, dass hier der Anteil verbaler **Anfeindungen im Vergleich zum berlinweiten Durchschnitt** besonders hoch (30 % Reinickendorf, 15 % Berlin), während der Anteil der Propagandavorfälle verhältnismäßig niedrig ist (45 % Reinickendorf, 61 % Berlin). Was die Motive anbelangt dominieren in Reinickendorf stärker Rassismus (39 % Reinickendorf, 29 % Berlin) und LGBTIQ'-Feindlichkeit (11 % Reinickendorf, 4 % Berlin), während antisemitische Vorfälle weniger stark präsent sind (9 % Reinickendorf, 22 % Berlin).

Die Zahl der dokumentierten **Angriffe** hat sich im Jahr 2021 mehr als halbiert (2021: 8, 2020: 20). Diese Tendenz lässt sich berlinweit beobachten, und auf eine Untererfassung der Vorfälle zurückzuführen. Während in den vorangegangenen Jahren Daten des Berliner LKA über Gewalttaten aus dem Themenbereich Hasskriminalität aufgenommen wurden, wurden diese im Jahr 2021 aufgrund von Datenschutzbedenken nicht mehr an zivilgesellschaftliche Stellen übermittelt. Aus diesem Grund gibt es in ganz Berlin trotz deutlich gesteigener Anzahl von Meldungen, weniger dokumentierte Gewaltvorfälle.

Die Zahl der **Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien**, also aggressiver verbaler Akte, die häufig der Gewalt vorausgehen, stieg im gleichen Zeitraum deutlich an (2021: 29, 2020: 19) und übertraf auch die bisherige Höchstzahl aus dem Jahr 2019 (25).

Die Zahl der **Propagandavorfälle** stieg deutlich an (2021: 44; 2020: 35) und erreichte damit wieder das Vor-Corona-Niveau (2019: 46). Im öffentlichen Raum wurden sogar mehr Fälle dokumentiert als im Jahr 2019, was zum einen darauf zurückzuführen ist, dass sich die Berliner:innen im zweiten Coronajahr wieder verstärkt durch die Stadt bewegten und Arbeitsstätten oder Schulen besuchten. Ein anderer Grund sind die verbesserten Kommunikationskanäle, die für Melder:innen aufgebaut wurden. Sie bemerken extrem rechte und diskriminierende Schmierereien und Aufkleber, die von Unbekannten im Öffentlichen Nahverkehr, in Grünanlagen und auf Straßenlaternen angebracht wurden. Organisierte Neonazis wie Mitglieder der Kleinstpartei III. Weg, der NPD/JN oder der Republikaner waren vereinzelt mit Plakaten im öffentlichen Raum präsent oder verteilten Flugblätter. Der III. Weg konzentrierte sich dabei auf Frohnau und die Gegend um den U- und S-Bahnhof Wittenau. Seit Ende des Jahres werden außerdem vermehrt extrem rechte Aufkleber in einer Schule in Wittenau gemeldet.

Die Fälle **von struktureller Benachteiligung** stiegen an (2021: 10; 2020: 6). Ein Grund dafür ist, dass in Reinickendorf wie berlinweit, vermittelt über das neue Beratungsangebot „Stärkung Afrikanischer Eltern“ von Narud e.V., vermehrt Fälle von anti-schwarzer Diskriminierung gemeldet wurden. Bei den dokumentierten Fällen in dieser Kategorie handelt es sich vor allem um rassistische Benachteiligung im Wohnumfeld der Betroffenen, von Kund:innen, die einkaufen oder Pakete abholen wollten, aber auch um rassistische und transfeindliche Diskriminierung von Schüler:innen durch Lehrkräfte.

Die Zahl der **Sachbeschädigungen** blieb etwa gleich hoch (2021: 6, 2020: 7). Sie richteten sich seit dem parallelen Wahlkampf auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene im Sommer verstärkt gegen Wahlplakate und Büros der Partei Bündnis 90/Die Grünen.

Im Jahr 2021 wurde keine extrem rechte oder diskriminierende **Veranstaltung** im Bezirk Reinickendorf dokumentiert (2020: 4), was auf die Sperrung der Facebook-Seite der NPD und die Corona-bedingten Einschränkungen für Veranstaltungen im Allgemeinen zurückgeführt werden kann. Im Jahr 2021 wurden keine Vorfälle dem Bereich „Sonstiges“ zugeordnet (2021: 0, 2020: 4). Vorfälle im Zusammenhang mit der Bezirksverordnetenversammlung wurden seit 2021 nicht mehr gesondert erhoben, sondern meist dem Bereich Propaganda zugeordnet.

Eine deutliche Verschiebung gab es bei den Motiven. Während der **Bereich Rassismus** bisher immer die Hälfte aller dokumentierten Vorfälle ausmachte, sank der Anteil im Jahr 2021 auf 39 % (2021: 38; 2020: 57), was auf die deutlich gesunkene Zahl gemeldeter Online-Vorfälle zurückzuführen ist. Ein weiterer Grund ist, dass in diesem Themenfeld der fehlende Datenabgleich für das Jahr 2021 mit einer spezialisierten Dokumentationsstelle nicht rechtzeitig vor der Auswertung stattfinden konnte. Die dokumentierten Angriffe, verbalen Attacken und Fälle struktureller Diskriminierung waren wie in den Vorjahren mehrheitlich rassistisch motiviert.

NS-Verharmlosung stieg leicht an (2021: 10, 2020: 7). Bei diesen Fällen handelt es sich fast ausschließlich um Hakenkreuzschmierereien und verharmlosende Gleichsetzungen der gegenwärtigen Pandemiebekämpfung mit dem Nationalsozialismus.

Deutlich mehr Vorfälle betrafen **politische Gegner:innen** (2021: 13, 2020: 7). Knapp die Hälfte davon machen Propaganda, Sachbeschädigungen und ein Brandanschlag aus, die seit dem Wahlkampf gegen die Partei Bündnis 90/Die Grünen gerichtet waren. Die Zahl der Vorfälle, die dem Bereich **Rechte Selbstdarstellung** zuzuordnen ist, verdoppelte sich fast (2021: 13, 2020: 8), was mit dem Anstieg der Propagandavorfälle zusammenhängt.

In den Themenbereichen **Antisemitismus** (2021: 9, 2020: 8) und **LGBTIQ*-Feindlichkeit** (2021: 11, 2020: 10) bewegten sich die Fallzahlen auf dem, bereits vergleichsweise hohen, Niveau des Vorjahres. Vergleichsweise wenig Meldungen erreichten uns wie in den Vorjahren mit Bezug zu Behindertenfeindlichkeit (2021: 1, 2020: 1) und Sozialchauvinismus (2021: 1, 2020: 0). Hier ist weiterhin von einer großen Dunkelziffer auszugehen. Der neu eingeführten Kategorie Antifeminismus wurde ein Vorfall zugeordnet.

Die **räumlichen Schwerpunkte** lagen wie in den Vorjahren in den Ortsteilen Reinickendorf (2021: 25, 2020: 16) und Tegel (2021: 25, 2020: 22). Der gutbürgerliche Ortsteil Frohnau an der Grenze zu Brandenburg lag mit 7 Vorfällen auf dem 3. Platz (2020: 8), während aus dem Märkischen Viertel deutlich weniger Vorfälle als im Vorjahr gemeldet wurden (2021: 1, 2020: 8). Aus den übrigen Ortsteilen Hermsdorf (2021: 2, 2020: 1), Lübars (2021: 2, 2020: 0), Heiligensee (2021: 1, 2020: 1) und Konradshöhe (2021: 0, 2020: 0) wurden nur vereinzelte Vorfälle gemeldet. Darüber hinaus hatten 12 Vorfälle bezirksweite Dimensionen bzw. keinen genauer bekannten Ort (2020: 10).

IMPRESSUM

Herausgeber:in:

Projektkoordination
Registerstelle Reinickendorf

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen,
Vielfalt & Stadtentwicklung
Frankfurter Allee 35 – 37, Aufgang C
10247 Berlin

E-Mail: register-rd@stiftung-spi.de

Telefon: 01520.282 45 37

Twitter: @RegisterRD

Instagram: [register.reinickendorf](https://www.instagram.com/register.reinickendorf)

Web: www.stiftung-spi.de/projekte/register-rd/
berliner-register.de/reinickendorf

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN		 DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus



Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

